



Deutliches Bekenntnis zu documenta



Mehrheit stimmt Bürgerschaft für Darlehen zu

Die Kasseler Stadtverordneten haben sich deutlich zur documenta bekannt. Dieter Beig, Vorsitzender der grünen Rathausfraktion, betonte in der ersten Sitzung nach der Kunstausstellung: „Die Institution documenta ist und bleibt uneingeschränkt ein Gewinn für Kassel. Wir stehen voll und ganz dahinter.“ Mit großer Mehrheit hatten



Dieter Beig

die Fraktionen der Bürgerschaft für die documenta und Museum Fridericianum gGmbH zugestimmt. Damit kann die gemeinnützige Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von maximal acht Millionen Euro aufnehmen, das Stadt Kassel und Land Hessen als Gesellschafter absichern. Die finanzielle Schieflage, die bei der documenta 14 entstanden ist, erfordert aus grüner Sicht entsprechende Aufklärung. Man müsse auch abwarten, wie hoch das Minus tatsächlich ausfallen wird. Dieter

Beig warnt aber davor, voreilige Schlüsse zu ziehen, und fordert dazu auf, sich mit schnellen Schuldzuweisungen zurückzuhalten. „Wir brauchen zunächst einmal verlässliche Fakten für eine treffende Analyse. Nur so lässt sich ermitteln, wie es zu dem Defizit kommen konnte.“ Daraus gelte es dann, die richtigen Erkenntnisse für die Zukunft zu ziehen.

Dieter Beig wirbt dafür, die documenta-Gesellschaft finanziell auf eine breitere Basis zu stellen. „Außerdem müssen die Kontrollmechanismen, die offenbar nicht gut genug waren, verbessert werden.“

Weltoffene Stadt

Die Stadt hat sich laut Dieter Beig erneut von ihrer gastfreundlichen und weltoffenen Seite gezeigt. Bei der Diskussion um die Finanzen machte er deutlich, welche wirtschaftliche Bedeutung die documenta für die regionalen Unternehmen und die Menschen in Nordhessen hat – insbesondere für die, die in der Gastronomie und Hotellerie tätig sind.

Startschuss für Bauprojekt

Koalition will mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

In Kassel soll zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum entstehen. Die Stadt will die Schaffung von preiswerten Wohnungen unterstützen und künftig noch stärker fördern. Die Grünen haben mit ihren Koalitionspartnern für ein entsprechendes Programm gestimmt. Der Magistrat hat den Auftrag bekommen, über Erfahrungen in vergleichbaren Städten zu berichten, um geeignete Instrumente für Kassel zu ermitteln. Auch der Stellenwert einer Sozialquote soll dabei bewertet werden. „Wir halten eine Sozialwohnungsquote nach wie vor für sinnvoll und erforderlich, auch wenn wir sie im Koalitionsvertrag nicht einbringen konnten“, hebt Joana Al Samarraie, wohnungspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, hervor. „Das Programm für bezahlbaren Wohnraum ist dennoch ein wichtiger, wenn auch kleinerer Schritt zum Ziel.“ Das Ergebnis soll zeitnah im



Joana Al Samarraie

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr vorgestellt werden.

450 neue Wohnungen

Schon jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung den Weg frei gemacht für ein Projekt, bei dem etwa 450 neue Wohnungen entstehen werden. 2018 beginnt der Bau der Wohnanlage „Park Schöfeld Carree“, die auf dem Areal der ehemaligen Jägerkaserne in Wehlheiden gebaut werden soll. Zustimmung erhielt auch der Bebauungsplan für ein weiteres Wohnungsbauprojekt in der Klinikstraße in Harleshausen. „Die Koalition hat den Handlungsbedarf bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum erkannt und ist engagiert bei der Sache“, betont Steffen Müller, Sprecher für Stadtentwicklung. „Der Neubau dieser Wohnungen wird den Wohnungsmarkt auch im günstigen Segment entlasten.“



Steffen Müller

Fakten statt Meinung

Ein grüner Antrag zur Katzenschutzverordnung hat eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gefunden. Der Magistrat erhielt den Auftrag, Zahlen für freilebende Katzen und Fundkatzen der vergangenen fünf Jahre zu ermitteln. Diese sind nötig, um unter anderem eine Kastrationspflicht für Katzen einzuführen. „Unser Ziel ist es, gerichtsfeste Zahlen zu bekommen und so die nächste Etappe auf dem Weg zu einer rechtssicheren Katzenschutzverordnung schnellstmöglich zurückzulegen“, erläuterte Christine Hesse. „Bei uns ist der Tierschutz gut aufgehoben“, betonte die tierschutzpolitische Sprecherin der grünen Fraktion im Hinblick auf einen weiteren Antrag zum Thema. Die CDU fordert darin den Oberbürgermeister auf, „seine Meinung zu ändern und gleichwohl eine Kastrationspflicht für Katzen in Kassel einzuführen“.



Christine Hesse

„Mit Meinung allein ist es hier nicht getan“, kommentierte Christine Hesse die aus ihrer Sicht etwas zu einfache Forderung. „Wir brauchen die Fakten, um die noch bestehenden rechtlichen Bedenken, endlich zu entkräften und somit eine Katzenschutzverordnung schnellstmöglich in Kraft treten kann.“